



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

39. hét

2019.09.23.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Selbst die Zukunft des Zusammenschlusses könnte nach dem Durchsickern des Mitschnitts in Frage gestellt werden:*

Nachdem Details von Gesprächen durchsickerten, gelangte der Kandidat der Opposition für das Amt des Budapester Oberbürgermeisters zwei Wochen vor den Wahlen in eine ähnliche Situation, wie einst Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány mit seiner Geheimrede von Ószöd. Dem Mitschnitt zufolge wirft Gergely Karácsony den Sozialisten, die seine Kandidatur unterstützen, Korruption und die Anwendung von Mafia-Methoden vor, was die Zukunft des Zusammenschlusses in der Hauptstadt in Frage stellen könnte.

Wirtschaftspolitik – *Unternehmerfreundliche Maßnahmen der Regierung im Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit:*

Weitere Maßnahmen des Aktionsplans der ungarischen Regierung zum Schutz der Wirtschaft sind in Kraft getreten, so dass künftig auch Unternehmen Gelder bei Ausschreibungen erlangen können, um Arbeiterwohnheime zu bauen oder zu erneuern. Neben dieser Maßnahme zur Erleichterung der Mobilität der Arbeitnehmer stehen weitere Vereinfachungen der Steueradministration ins Haus, die für beide Sozialpartner gleichermaßen vorteilhaft sein werden.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat die Kandidatur von László Trócsányi zurückgewiesen:*

Unter Berufung auf eine Unvereinbarkeit lehnte der Rechtsausschuss des Parlaments den für die Erweiterungspolitik verantwortlichen Kandidaten László Trócsányi mit 11 gegen 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Die knappe Mehrheit sprach sich dafür aus, dass die Position des ungarischen Kandidaten als Kommissar nicht mit der Tätigkeit der seinen Namen tragenden Anwaltskanzlei vereinbart werden könne.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Die Beurteilung der deutsch-ungarischen Beziehungen hat sich erheblich verbessert:*

Die repräsentative Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts, die in beiden Ländern mit der telefonischen Befragung von jeweils 1.000 Personen vorgenommen wurde, zeigt, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den letzten zwei Jahren nach Ansicht von 66 Prozent der Deutschen und 61 Prozent der Ungarn verbessert haben oder zumindest nicht veränderten.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

SELBST DIE ZUKUNFT DES ZUSAMMENSCHLUSSES KÖNNTE NACH DEM DURCHSICKERN DES MITSCHNITTS IN FRAGE STEHEN

Am 26. September sickerten Details eines Gesprächs durch, bei dem sich Gergely Karácsony mit einem Vertrauten über politisch heikle Themen unterhält. Damit gelangte der Kandidat der Opposition für das Amt des Budapester Oberbürgermeisters zwei Wochen vor den Wahlen in eine ähnliche Situation, wie einst Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány mit seiner Geheimrede von Ószöd.

Das Gespräch – das hörbar nicht im formellen Kreis aufgezeichnet wurde – dürfte irgendwann nach der ersten Runde der Vorwahlen, aber noch vor deren zweiter Runde entstanden sein. Auf dem Mitschnitt von ungefähr 3 Minuten Länge ist Gergely Karácsony nach eigenem Eingeständnis selbst zu hören, wie er schwerwiegende Anschuldigungen macht: *„...der, den die örtlichen Sozialisten wollen, wird schon nach zwei Minuten nicht mehr wissen, wo er überhaupt gelandet ist, und sie werden alles hinter seinem Rücken rauben. Wenn ich nach Zugló zurückkehre, wird man mich dort vergraben... Stimmt es, dass er (der MSZP-Parlamentsabgeordnete Csaba Tóth/ Anm.d.Red.) deine Familie bedroht hat? – Jetzt im Ernst? Mehrfach!“* Noch beunruhigender als die Tatsache, dass er seine eigenen Verbündeten in einen negativen Kontext stellt, dürfte für Karácsony sein, dass auch die jetzige Aufnahme ähnlich wie die so häufig erwähnte Geheimrede von Gyurcsány aus dem Jahre 2006 aus internen Kreisen an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Die Folgen davon sind noch nicht abzusehen, doch könnte der Zusammenschluss der Opposition schon kurzfristig auseinanderbrechen. Der im Ringen um die Position des Oberbürgermeisters gegenwärtig eher auf verlorenem Posten stehende Kandidat wird bei einem Ausbleiben des erhofften Sieges die Verantwortung tragen müssen. Deshalb wird die DK – selbst wenn es nicht in ihrem Interesse liegen sollte – ganz sicher keine Schäden infolge des an die Öffentlichkeit gelangten Mitschnitts erleiden. Schließlich ist es für Ferenc Gyurcsány auf lange Sicht von Vorteil, wenn dem als Alternative für die Linke anzusehenden Bündnis MSZP-P ein weiteres Scheitern angehängt werden kann. Die letzten beiden Wochen des Wahlkampfes werden für Karácsony und sein Team ausgesprochen schwierig. Denn ebenso wie im Herbst 2006 haben Gegner innerhalb der Partei oder des Bündnisses den Mitschnitt an die Öffentlichkeit gebracht. Selbst wenn der Bürgermeister des Stadtbezirks Zugló behauptet, es handle sich nicht um eine interne Angelegenheit, erscheint dies wegen des

vertraulichen Charakters der Unterhaltung und dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung ganz und gar nicht wahrscheinlich. Zumal die Entwicklung der vergangenen Woche die Popularität von Karácsony negativ berührt hat. Eine repräsentative Erhebung des Nézőpont-Instituts mit 1.000 Befragten zeigt, dass István Tarlós seinen Vorsprung gegenüber Gergely Karácsony weiter ausbauen konnte. Auf der einen Seite nahm das Lager des amtierenden Oberbürgermeisters um weitere 3 Prozentpunkte zu, auf der anderen Seite verlor der Herausforderer an Boden (von 40 auf 38 Prozent). Im Hintergrund dieser Entwicklung steht, dass immer weniger der gegen die Regierung eingestellten Wähler für Gergely Karácsony stimmen wollen, dessen Zuspruch in diesem Lager von 68 Prozent Anfang September aktuell auf 63 Prozent gefallen ist.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

UNTERNEHMERFREUNDLICHE MASSNAHMEN DER REGIERUNG IM ZEICHEN DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Weitere Maßnahmen des Aktionsplans der ungarischen Regierung zum Schutz der Wirtschaft sind in Kraft getreten, so dass künftig auch Unternehmen Gelder bei Ausschreibungen erlangen können, um Arbeiterwohnheime zu bauen oder zu erneuern. Neben dieser Maßnahme zur Erleichterung der Mobilität der Arbeitnehmer stehen weitere Vereinfachungen der Steueradministration ins Haus, die für beide Sozialpartner gleichermaßen vorteilhaft sein werden.

Im Mai dieses Jahres verkündete die ungarische Regierung ihren Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft, nachdem sich bezüglich der Wachstumsaussichten der Eurozone und der Weltwirtschaft immer mehr Anzeichen eines Abschwungs breit machten. Ziel dieses Maßnahmenplans soll sein, die seit 2010 erreichten wirtschaftlichen Erfolge zu schützen und auf lange Sicht sicherzustellen, dass ein dynamisches Wirtschaftswachstum gewährleistet wird, das als Unterpfand für die wirtschaftliche Modernisierung gilt und den Durchschnitt der Gemeinschaft um wenigstens 2 Prozentpunkte übersteigen soll. Die neuesten Maßnahmen handeln auch weiterhin nicht von Restriktionen, sondern bedeuten für die ungarischen Arbeitnehmer und Unternehmen vorteilhafte Schritte.

Zum Kreis unternehmerfreundlicher Maßnahmen gehören sinkende Belastungen auf die Löhne, eine reduzierte Steuerbelastung, verringerte administrative Lasten, eine Stimulierung von Innovationen beziehungsweise Elemente der Wirtschaftspolitik, die auf eine Zurückdrängung der

Schattenwirtschaft ausgerichtet sind. Die Effizienz der bisher ergriffenen Maßnahmen zeigt, dass die Steuereinnahmen des Fiskus zulegen, ohne dass dazu Steuersätze angehoben werden müssen. Aus den Zusatzeinnahmen lassen sich wiederum weitergehende Maßnahmen zur Reduzierung der Steuern finanzieren. So wurde unter anderem der Schwellenwert für eine Befreiung von der Umsatzsteuer auf 12 Millionen Forint angehoben, während der Satz für die Sozialabgaben auf 17,5 Prozent gesenkt wurde, dessen Wert vor drei Jahren noch 27 Prozent und vor zwei Jahren noch 22 Prozent betrug. Die Reihe dieser erfolgreichen Schritte dürfte in Zukunft dadurch ergänzt werden, dass die Steuerbehörde für eine Mehrheit der Klein- und mittelständischen Unternehmen deren Steuererklärung ausfüllen wird beziehungsweise individuell zugeschnittene Dienstleistungen für einen breiteren Kreis möglich werden. Eine Neuerung stellt dar, dass neben Kommunalverwaltungen und kommunalen Wirtschaftsgesellschaften fortan auch Unternehmen an Ausschreibungen für den Bau oder die Erneuerung von Arbeiterwohnheimen teilnehmen können. Diese Möglichkeit ist darauf gerichtet, die Effizienz des Arbeitsmarktes nochmals zu steigern. Seit 2010 wuchs die Zahl der Beschäftigten um 800.000 Personen; um sich dem Zustand der Vollbeschäftigung weiter anzunähern, würden mit dieser Maßnahme Arbeitskräfte aus Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit mobilisiert. Das Programm mit einem Rahmenbetrag von 5 Milliarden Forint hilft gleichzeitig den Arbeitnehmern hinsichtlich ihrer Mobilität wie den Unternehmen in Bezug auf die Sicherstellung weiterer Arbeitskräfte. Das Programm trug bislang zur Errichtung und Erneuerung von 24 Arbeiterwohnheimen bei, wodurch die Unterbringung von täglich 3.700 Personen möglich wurde.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DER RECHTSAUSSCHUSS DES EUOPÄISCHEN PARLAMENTS LEHNTE LÁSZLÓ TRÓCSÁNYI AB

Unter Berufung auf eine Unvereinbarkeit lehnten die Mitglieder des Rechtsausschusses den Kandidaten László Trócsányi mit 11 gegen 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. In der mündlichen Begründung wurde ihm vorgeworfen, dass jene Anwaltskanzlei, die weiterhin seinen Namen trägt, auch Regierungsaufträge erfüllt. Das aber deckt sich nicht mit der Realität, da László Trócsányi für die Zeit seiner Beauftragung als Justizminister die Tätigkeit als Anwalt ruhen ließ, während die Kanzlei ausschließlich früher erteilte Aufträge ausführte, weshalb nach Ansicht der Regierungsparteien eine Unvereinbarkeit nicht festgestellt werden könne.

Wegen der Zurückweisung durch den Rechtsausschuss fällt die Anhörung von László Trócsányi als Kandidat für das Amt als Erweiterungskommissar aus, die für den 1. Oktober angesetzt war. Der Rechtsausschuss stellte die Unvereinbarkeit in Bezug auf seine Person unter Berufung auf frühere Angelegenheiten aus der Zeit vor 2012 fest; dabei bekleidete zu jener Zeit noch Tibor Navracsics den Posten des Justizministers, und nicht László Trócsányi. Der Rechtsausschuss und die Ungarn attackierenden linksliberalen Diplomaten waren sich im Klaren darüber, dass László Trócsányi – wäre seine Person vor dem Fachausschuss geprüft worden – fachlich in jeder Hinsicht für diese Aufgabe als geeignet anerkannt worden wäre. Die juristische beziehungsweise Unvereinbarkeitsprüfung war eindeutig ein Vorwand, um die Bewilligung des ungarischen Kandidaten für diese wichtige Position zu verhindern. Es handelt sich seit 2017, als dem Rechtsausschuss die Möglichkeit an die Hand gegeben wurde, Untersuchungen der Unvereinbarkeit durchzuführen, um den ersten Fall, in dem ein Kandidat ausgeschlossen wird. Früher gab es kein Beispiel dafür, dass ein Kandidat in dieser Phase abgelehnt wird. Der Fidesz-Europaabgeordnete József Szájer erklärte kurz nach dem Fall, László Trócsányi sei deshalb attackiert worden, weil er jene Rechtsnormen ausarbeitete, mit denen die illegale Einwanderung in Richtung des Inneren der EU, die durch Ungarn verlief, erfolgreich gestoppt werden konnte. Hinter dem politisch motivierten Schritt könnte des Weiteren stehen, dass Ungarn eine bedeutende Rolle dabei spielte, das System der Spitzenkandidaten zu Fall zu bringen. Ministerpräsident Viktor Orbán verhandelte in der Sache bereits mit Frau Ursula von der Leyen über die anstehenden Aufgaben. Das Verfahren sieht wie folgt aus: Zunächst informiert der Vorsitzende des Rechtsausschusses den Präsidenten des Europäischen Parlaments über den Tatbestand der Unvereinbarkeit, woraufhin der Präsident mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über die Angelegenheit verhandelt. Anschließend stimmt sich von der Leyen mit Orbán ab. Ungarn wird von seinem Recht Gebrauch machen, in Berufung zu gehen, zumal der Ministerpräsident verkündete, für ihn sei die Angelegenheit noch nicht abgeschlossen. Gleichzeitig mit László Trócsányi wurde auch die Kandidatin Rumäniens ausgeschlossen, nachdem die Dame die Verwendung einer Kreditaufnahme nicht belegen konnte. Trócsányi ist dessen ungeachtet noch nicht von der Liste der Kandidaten für die Kommission gestrichen worden: Über seine Person wird die große Politik in der kommenden Woche entscheiden.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE BEURTEILUNG DER DEUTSCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN HAT SICH ERHEBLICH VERBESSERT

Die Beurteilung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn zeigt in beiden Ländern ein positives Bild, denn nach Ansicht von 66 Prozent der Deutschen und 61 Prozent der Ungarn haben sich die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den letzten zwei Jahren verbessert oder zumindest nicht verändert. Eine weitere positive Wende ergibt sich daraus, dass die Beurteilung der politischen Beziehungen, die früher als konfliktbeladene Dimension galten, nun als Katalysator der Veränderung betrachtet werden kann. Unter den Deutschen sagten dieses Mal nämlich gleich 22 Prozentpunkte mehr als vor zwei Jahren (57 Prozent), die deutsch-ungarischen Beziehungen sollten auf diesem Gebiet enger geknüpft werden, wobei von Seiten der Ungarn hier keine spürbare Veränderung eintrat (42 an Stelle von zuvor 41 Prozent). Ein weiterer gemeinsamer Punkt betrifft die gewünschte Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen: Gleich 59 Prozent der Deutschen und 55 Prozent der Ungarn meinten, dass die schon traditionell starken deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen noch enger geknüpft werden sollten. Die Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts wurde im Zeitraum 4.-11. September 2019 mit der telefonischen Befragung von jeweils 1.000 Personen in beiden Ländern erstellt.

NOCH IN DIESEM JAHR BESUCHEN DIE PRÄSIDENTEN PUTIN UND ERDOGAN UNGARN

Gleich zwei führende Politiker besuchen noch im Herbst Ungarn. Zunächst trifft Ende Oktober der russische Präsident Wladimir Putin ein, auf den im November Recep Tayyip Erdogan folgen wird. Mit beiden Politikern wird Ministerpräsident Viktor Orbán über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft und Energie verhandeln. Über den am 30. Oktober geplanten Budapest-Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin stimmte sich der Minister für Außenwirtschaft und Auswärtiges, Péter Szijjártó, in New York am vergangenen Mittwoch mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow ab. Die wichtigsten Themen des Treffens mit Präsident Putin werden die Erweiterung des AKW Paks und die Gaslieferungen sein, gleichzeitig aber werden sehr wahrscheinlich auch politische Fragen in Verbindung mit der Haltung zur neuen politischen Führung in der Ukraine geklärt. Beide führenden Politiker halten den Schutz der Christen im Nahen Osten in

den vom Islamischen Staat befreiten Gebieten für wichtig, nachdem sowohl Ungarn als auch Russland anerkennen, dass es sich beim Christentum um die meistverfolgte Religion der Welt handelt, weshalb man dessen Gemeinschaften im Nahen Osten unterstützen will. Der türkische Präsident Erdogan trifft im November in Budapest ein. Diese Verhandlungen umfassen die Entwicklung der ungarischen Armee, ein gemeinsames Auftreten gegen den Terrorismus, das Vereiteln der illegalen Einwanderung sowie wirtschaftliche und energetische Fragen.

PROGNOSE

- **Zwei Wochen vor den Wahlen in Polen am 13. Oktober hat es den Anschein, als sei die Regierungspartei seit dem Erfolg bei den Europawahlen in Schwung gekommen: Die PiS führt mit souveränem Vorsprung im Parteienwettbewerb, obgleich noch vor einem Jahr kaum jemand auf ihre Wiederwahl gesetzt hätte.**

Ausgehend von den aktuellen Meinungsumfragen liegt die Regierungspartei bei 44,5 Prozent, wohingegen die von der PO geführte linksgerichtete Koalition als Herausforderer mit einem Ergebnis von 24 Prozent weit abgeschlagen ist. Unter diesen Vorzeichen könnte die PiS ungefähr 260 Abgeordnetenmandate erringen und somit im Seim mit seinen 460 Sitzen eigenständig eine absolute Mehrheit erlangen. Zurückzuführen ist dies auf die effiziente Wahlkampfstrategie der Regierungspartei. Die Regierung hat bewiesen, dass sie Programme beibehalten kann, die ihren Wahltriumph 2015 begründeten, wie das Programm „500 plus“, das für jedes weitere nach dem zweiten Kind monatliche Zuwendungen von 35.000 Forint gewährt, ebenso wie eine Ausweitung der Sozialleistungen und Steuervergünstigungen (und zwar in einer Form, dass der Staatshaushalt künftig ohne Neuschulden auskommt). Eine Neuauflage der PiS-Regierung verrät schon die Taktik des Oppositionsführers Grzegorz Schetyna in den jüngsten Wochen. Wenngleich er von einem Kampf auf Leben und Tod spricht und als eine seiner Schlüsselbotschaften betont, wenn die PiS erneut gewinnen sollte, werde *„der polnischen Demokratie das ungarische Schicksal widerfahren“*, zeichnet sich in der Wirklichkeit weitaus eher ab, dass er diese Wahlen längst *aufgegeben* hat. Denn besagte Botschaft ist längst verbraucht, zumal sich die polnische Opposition nur langsam von der unerwartet schweren Niederlage bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zu erholen beginnt. Aus ungarischer Sicht sind die Wahlen in Polen von außerordentlicher Relevanz: Sollte die PiS nämlich nicht gewinnen, würde das praktisch

gleichbedeutend mit dem Ende der in den jüngsten Jahren erstarkten Einheit der Visegrád-Staaten (V4) sein. Dafür stehen die Chancen aber zunehmend schlechter.